

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Korea-Gipfeltreffen?

Seoul (spk) Süd-Korea hat erste Schritte für ein Gipfeltreffen zwischen Staatschef Roh Tae Woo und Nord-Koreas Präsidenten Kim Il Sung eingeleitet, verlautete am Montag aus Regierungskreisen in Seoul. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Yonhap könnte eine solche Begegnung im März stattfinden, noch vor dem 80. Geburtstag Kims im April. Die Regierungschefs verständigten sich Mitte Februar in Pjöngjang.

Politischer Fehler

Berlin (spk) Die versuchte Verschiebung von 107 Mio Mark der PDS hat der Parteizwe Andre Brie als «schweren politischen Fehler» bezeichnet. Im Präsidium der Nachfolgerin der SED habe grosse Bestürzung geherrscht, als die versuchte Verschiebung bekannt geworden sei, sagte er am Montag in Berlin im Prozess gegen den ehemaligen Finanzchef der PDS, Wolfgang Pohl.

Gysi niemals Stasi

Berlin (spk) Der in den Verdacht der Mitarbeit des Stasi geratene Vorsitzende der PDS, Gregor Gysi, hat nach Einsicht in seine Akten bekräftigt, dass er niemals «Inoffizieller Mitarbeiter» gewesen sei. Dies äusserte der Rechtsanwalt in einem am Montag von der Zeitung «Neues Deutschland» veröffentlichten Gespräch. Diese Aussage deckt sich mit Nachforschungen des «Spiegel-TV», über das am Sonntagabend im Privatsender RTL plus berichtet worden war.

Kräftige Gewinnzunahme der Bank in Liechtenstein AG

Bilanzsumme stieg auf 7,270 Milliarden Franken – Reingewinn von 47,1 Millionen Franken – Zahlen mit Vorjahr nicht vergleichbar

(G.M.) – Als letzte der drei auf dem Finanzplatz Vaduz tätigen Banken hat die Bank in Liechtenstein gestern Montag das Jahresergebnis 1991 bekanntgegeben. Da 1990 eine Umstrukturierung der BIL-Gruppe erfolgte, sind die Zahlen mit dem Vorjahr kaum vergleichbar. Die BIL GT Gruppe wird, wie es gestern in einer Pressemitteilung hiess, das Gruppenergebnis Ende Februar beantragen.

Aus der früheren Bank in Liechtenstein wurde 1990 die BIL GT Gruppe AG als Holdinggesellschaft für den Aufbau einer internationalen Vermögensverwaltungsgruppe gebildet. Das traditionelle Privatkundengeschäft der Bank in Liechtenstein und die internationale Vermögensverwaltung von GT sollten dabei die Grundlagen bilden. Die Bankgeschäfte in Vaduz wurden mit Wirkung ab 1. Juli 1990 auf eine neue Bank in Liechtenstein AG übertragen, während das ursprüngliche Unternehmen seinen Namen in BIL GT Gruppe Aktiengesellschaft änderte.

Für das Geschäftsjahr 1991, das mit dem Vorjahr aufgrund der Umstrukturierung nur bedingt vergleichbar ist, wird eine Bilanzsumme von 7,270 Mia. Fr. (6,9 Mia. Fr.) ausgewiesen. Dies entspricht einer Zunahme von 4,4 Prozent.

Auf der Aktivseite werden die Bankendebitoren mit 3,4 Mia. Fr. angegeben. Die Hypothekaranlagen stehen mit 886,9 Mio. Fr. in der Bilanz, der Wertschriftenbestand beläuft sich auf 289,7 Mio. Fr.

Auf der Passivseite werden die Kreditoren auf Sicht und Zeit gesamthaft mit 5,2 Mia. Fr. ausgewiesen. Die Spareinlagen belaufen sich auf 300,8 Mio. Fr. Die



Auch die Bank in Liechtenstein weist für 1991 ein sehr gutes Geschäftsergebnis aus. Der Reingewinn beläuft sich auf 47,1 Millionen Franken. Die BIL Gruppe AG, zu der die Bank in Liechtenstein gehört, wird ihr Geschäftsergebnis nach vorliegenden Angaben Ende Februar bekanntgeben. (Bild: Beat Schurte)

Kassenobligationen stehen mit 461,2 Mio. Fr. zu Buche.

Der in der Erfolgsrechnung ausgewiesene Cash Flow beträgt 89,2 Mio. Fr. Nach Abzug von Rückstellungen und Ab-

schreibungen in Höhe von 32,1 Mio. Fr. sowie einer allgemeinen Rückstellung von 10 Mio. Fr. für operative Risiken verbleibt ein Reingewinn von 47,1 Mio. Fr. Auf der Ertragsseite wird der Kommiss-

sionsertrag in Höhe von 49,6 Mio. Fr. ausgewiesen. Der Ertrag aus Handel mit Devisen und Edelmetallen beläuft sich auf 15,9 Mio. Fr. Der Wertschriftenertrag erreichte 19,0 Mio. Fr.

Wie die Regierung die Gemeinden schröpfen möchte...

Keine Leistungen des Staates mehr für die KVA Buchs – Durchsetzung des Verursacherprinzips – Neue Ofenlinie als neues Projekt?

(G.M.) – Dass die Finanzlage des Staates aufgrund der Finanzpolitik der letzten Jahre derzeit recht angespannt ist, kann aus den verschiedenen Äusserungen im Zusammenhang mit dem Budget 1992 herausgelesen werden. Noch plastischer kommt die Suche nach neuen Einnahmequellen oder die Vermeidung von Ausgaben in einer Sache zum Ausdruck, welche die Gemeinden tangiert. Die Regierung hat mit Zustimmung des Landtags beschlossen, künftig keine Staatsleistungen mehr an die Entsorgungsanlagen für Siedlungsabfälle zu erbringen, sondern dem Verursacherprinzip zum Durchbruch zu verhelfen. Ob allerdings zur Durchsetzung dieses Prinzips die Suche nach Staatsfinanzen das geeignete Mittel darstellt, muss in Frage gestellt werden.

Das Verursacherprinzip als Begriff geistert schon seit geraumer Zeit durch die politische Landschaft, doch bisher ist noch keine Entscheidung gefallen, weder auf Landes- noch auf Gemeindeebene, die diesem Begriff mit allen Konsequenzen die entsprechende Nachachtung verschafft. Die Finanznot des Staates, hervorgerufen durch die Finanzpolitik der letzten Jahre mit dem Abbau von Reserven in wirtschaftlich sehr guten Zeiten, zwingt möglicherweise die Durchsetzung dieses Prinzips schneller herbei als angenommen. Und wahrscheinlich in einer Art, ohne die Bürgerinnen und Bürger umfassend über die Konsequenzen zu informieren, sondern einfach kräftig zur Kasse zu bitten.

Gemeinden haben rebelliert

Gegen den jüngsten Beschluss des Landtags, der über Antrag der Regierung zustandekam, rebellierten offenbar die Gemeinden, wie aus verschiedenen Gemeinderatsstößen in letzter Zeit durchsickerte. Die Gemeinden erklärten sich nach diesen Meldungen nicht damit einverstanden, dass die Regierung an die Kosten der 3. Ofenlinie bei der Kehrichtverwertungsanlage Buchs keine Subven-

tionen mehr leisten wolle. Die Absicht, worum es geht, gab die Regierung in ihrem Bericht an den Landtag klar zu erkennen: «Mit der Aufhebung von staatlichen Subventionen für die finanzielle Unterstützung des Baues von Anlagen zur Abfallbewirtschaftung wird für 1992 eine Krediteinsparung von 2,1 Mio. Fr. erzielt, welche einen nicht unwesentlichen Beitrag für die Erreichung des angestrebten Direktfinanzierungsgrades nach der auch vom Landtag anerkannten finanzpolitischen Zielsetzung in der Haushaltspolitik leistet.»

Referendum angekündigt

Die Gemeinden haben ihre Zustimmung gegenüber dem Verein für Abfallwirtschaft (VfA) Buchs bereits abgegeben, sich an der Finanzierung der 3. Ofenlinie bei der KVA Buchs zu beteiligen, wobei sie von der Mitfinanzierung

durch die staatlichen Subventionen wie bis anhin ausgingen. Nach dem Beschluss der Regierung müssten die Gemeinden diese Kosten selbst tragen – oder gemäss dem Verursacherprinzip auf die Einwohner abwälzen.

Nicht einverstanden mit dieser Politik erklärte sich anlässlich der Landtagsberatung der Eschner Gemeindevorsteher Günther Wohlwend (VU), der sich die Ergreifung des Referendums gegen den Landtagsbeschluss vorbehielt.

Er machte die Regierung darauf aufmerksam, dass eine generelle Subventionszusage der Regierung in dieser Sache vorliege, so dass ein Rückzug der Regierung nach dem Grundsatz von Treu und Glauben verstosse. Wie zu vernehmen ist, hat eine Besprechung zwischen Gemeindevorstehern und Regierung eine gewisse Klärung gebracht, so dass ein Referendum unwahrscheinlich ist.

Rückstände

Noch nicht ausgeräumt ist das Problem zwischen Gemeinden und Regierung, wer im Zusammenhang mit der Finanzierung der 2. Ofenlinie in Buchs die Zinskosten zu tragen hat. Vorerst haben sich die Gemeinden darauf geeinigt, diese Kosten zu übernehmen, doch soll eine weitere Gesprächsrunde stattfinden, weil die Vorsteher offenbar nicht gewillt sind, diese Zinsen einfach für die Gemeinden zu übernehmen. Das Problem ist dadurch entstanden, weil der Landtag die Freigabe der Subvention an bestimmte Auflagen beim Bau der Rauchgasreinigungsanlage in Buchs band. Die Gemeinden waren damals, 1986, übereingekommen, die Subvention über einen Kredit bei der Landesbank vorzufinanzieren. Bis diese Subvention schliesslich im Frühjahr 1991 von der Regierung ausbezahlt wurde, waren Zinsen von rund 750 000 Franken aufgelaufen. Und um diese streiten sich nun Regierung und Gemeinden.

Spuren im CH-Aussenhandel

Deutliche Auswirkungen des Umbruchs im Osten spürbar

Bern (AP) Der Umbruch in Osteuropa hat deutliche Spuren in der schweizerischen Aussenhandelsstatistik hinterlassen. Der Handelsbilanzüberschuss der Schweiz gegenüber den ehemaligen Ostblockländern ging 1991 um 56 Prozent auf 583 Millionen Franken zurück. Die Schweizer Exporte nahmen um knapp 16 Prozent ab, während die Importe im Zuge massiver Platineinfuhren aus der UdSSR um 42 Prozent anwuchs. Mittelfristig erwartet das Bundesamt für Aussenwirtschaft (Baw) neue Impulse für den Handel mit Osteuropa.

Die Ende 1989 eingeleitete Öffnung und im vergangenen Jahr akzentuierte Umwälzung in Osteuropa hat die Handelsströme vorerst ins Stocken gebracht. Allerdings ist die nackte Statistik mit eini-

ger Vorsicht zu geniessen und interpretationsbedürftig, wie Hans-Ulrich Mazenauer, Baw-Sektionschef für mittel- und osteuropäische Länder, auf Anfrage der AP sagte. So wurde der Handel zwischen der Schweiz und den europäischen Staatshandelsländern, wie die ehemaligen Ostblockstaaten in der Baw-Statistik noch bezeichnet werden, 1991 von den sowjetischen Platinexporten überlagert. Sie machten gemäss provisorischen Angaben der Oberzolldirektion 423 Millionen Franken oder fast das Sechsfache des Vorjahreswerts (73 Millionen) aus.

Über den Hintergrund dieser explosionsartig gestiegenen Platintransaktionen in die Schweiz gibt es laut Mazenauer keine gesicherten Informationen.

Auto-Vignette soll teurer werden

Schwerverkehr künftig seine Kosten besser decken

Bern (AP) Schwerverkehrsabgabe und Autobahnvignette sollen in der Schweiz solange beibehalten werden, als der Strassenverkehr die von ihm verursachten Kosten nicht voll deckt. Gestützt auf die seit 1985 gesammelten Erfahrungen beantragt der Bundesrat, die Abgaben ab 1995 zweckgebunden für Strassenbauprojekte zu verwenden, die Kantone an den Erträgen zu beteiligen und die Ansätze der Teuerung anzupassen. So soll die Vignette von 30 auf 40 Franken und die Schwerverkehrsabgabe um rund 30 Prozent aufschlagen.

Während die Vignette weiterhin pauschal erhoben wird, ist für die Schwerverkehrsabgabe in einem zweiten Schritt ein grundlegender Systemwechsel geplant: Die Abgabe soll mit zunehmender Fahr-

Neat-Referendum ist gescheitert

Bern (spk) Das Referendum gegen die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (Neat) ist definitiv nicht zustande gekommen. Nur 49 380 Unterschriften von den eingereichten 50 053 seien gültig, gab Vizekanzler Achille Casanova am Montag bekannt. Verkehrsminister Ogi vermißte jeden Triumph: «Die Neat ist im Volk angekommen», kommentierte er den Misserfolg der Referendumsvorlage.

Er wäre mit der Neat gerne zur Volksabstimmung angetreten, meinte Bundesrat Adolf Ogi nach der Bundesratsitzung von Montag. «Wir hätten sie auch gewonnen», zeigte er sich überzeugt. Das Scheitern des Referendums schaffe jedoch klare Verhältnisse im In- und Ausland. Für Europa sei in Bezug auf den Transitvertrag jetzt klar, dass die Schweiz, die einen 40 Tonnen-Korridor wolle, wirklich eine Neat bauen werde. Zudem spiele der Zeitfaktor eine Rolle.